



Feiernde Türken in Berlin: Jeder Mensch besteht aus einem Bündel von wechselnden Identitäten

INTEGRATION

Politik der Vermeidung

Mit seinen provozierenden Thesen zur Integrationspolitik hat Thilo Sarrazin die Grenzen des guten Geschmacks verletzt – aber auch eine überfällige Debatte angestoßen. Warum integrieren sich viele ethnische Gruppen gut in die deutsche Gesellschaft und andere nicht?

Es hat etwas gedauert, aber am vergangenen Donnerstag erreicht der Streit auch die Fankneipe des türkischen Fußballclubs FC Phönix 56 Ayyıldız in der Hobrechtstraße in Berlin-Neukölln. Nachmittags treffen sich dort meist ein paar Männer, die nicht viel zu tun haben. Weil sie Rentner sind – oder arbeitslos. Dann sitzen sie in dem spärlich eingerichteten Raum unter einem Ventilator, trinken Tee aus dickbauchigen Gläsern, diskutieren über Politik, und im Hinterzimmer jaulen die Daddel-Automaten.

Am Donnerstag ist es Servet Kulaksiz, der den Anfang macht. Der 50-jährige Frührentner klopft mit einem Finger auf das Foto Thilo Sarrazins auf der Titelseite der türkischen Tageszeitung „Sabah“ und fängt an zu schimpfen. „Der Mann hat doch recht. Viele Ausländer haben überhaupt keine Lust, sich hier zu integrieren. Die beziehen Hartz IV, und sonst machen die nichts.“

Berlins früherer Finanzsenator soll recht haben? Der Mann, der den Türken und Arabern in Berlin bescheinigt, sie seien in großen Teilen „weder integrationswillig noch integrationsfähig“ und hätten „keine

produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel“?

Im Vorbeigehen schnappt sich Nevzat Çitlak die Zeitung vom Tisch. „Das glaubst du doch selbst nicht“, sagt er zu Kulaksiz. Seit sechs Jahren ist Çitlak arbeitslos. „Es gibt in Berlin doch nicht mal Jobs für Deutsche. Wie soll ich dann einen kriegen?“, fragt er. Seit den achtziger Jahren lebt der gelernte Zimmermann in Berlin, Deutsch kann er kaum, im Moment besucht er einen Sprachkurs. „Bringt eh nichts mehr“, sagt er, „zu spät.“ Hinten in der Ecke sitzt ein Mann und brüllt: „Was Sarrazin sagt, ist Rassismus pur.“

Migranten in Deutschland

Alle Angaben in Prozent

ANTEIL AN DER GESAMTBEVÖLKERUNG



VON ALLEN MIGRANTEN* ...

... haben **allgemeine Hochschulreife:**



... haben **keinen Schulabschluss:**



... sind **erwerbslos:**



zum Vergleich: DEUTSCHE (ohne Migrationshintergrund)



Quelle: Mikrozensus 2005

Quelle: Mikrozensus 2007

DER SPIEGEL

MATTHIAS LUEDEKE

Ein Riss geht durch das Vereinsheim des FC Phönix 56 Ayyıldız. Hier streiten sie sich über die gleichen Fragen, die auch den Rest der Republik beschäftigen, seitdem das Berliner Intellektuellenblatt „Lettre International“ vor zwei Wochen das umstrittene Interview mit Sarrazin, dem heutigen Bundesbankvorstand, veröffentlichte.

Darf der das, der Sarrazin, wenn er über die Türken sagt, sie eroberten Deutschland genauso, „wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate“? „Ich muss niemanden anerkennen“, meint Sarrazin, „der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.“

Sind Sarrazins Äußerungen tatsächlich so „unsäglich“ („Süddeutsche Zeitung“) und „widerlich“ („Frankfurter Rundschau“), dass die Berliner Staatsanwaltschaft tätig werden muss? Gehört er aus der SPD ausgeschlossen, wie es die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Eva Högl verlangt? Oder muss er zumindest aus dem Vorstand der Bundesbank

ausscheiden, wie es die Gewerkschaft Ver.di fordert?

Ach, der Sarrazin. So haben sie in der Berliner SPD immer geseufzt und dabei genervt die Augen verdreht, wenn sich ihr prominenter Genosse wieder einmal zu Wort gemeldet hatte. Mal knöpfte er sich die Beamten vor („Bleich und übelriechend“), mal die Berliner („Nirgendwo sieht man so viele Menschen, die öffentlich in Trainingsanzügen rumschlurften“), dann kamen die Studenten an die Reihe („Arschlöcher“) oder die Opel-Rettungspläne („Niemand braucht einen Opel“). Immer war die Aufregung groß, manchmal folgte eine kleinlauter Entschuldigung, immer war die Sache schnell vergessen.

Und jetzt? Sarrazin hat die Grenzen des guten Geschmacks endgültig hinter sich gelassen, er hat provoziert, verletzt, überzogen und war ebenso unhöflich wie ungerecht. Als Bundesbank-Vorstand hätte er sich zurückhalten müssen, der Wahrheitsgehalt seiner Aussagen ist mindestens umstritten, er mag Klischees bedient haben.

Aber hätte er schweigen sollen? „Die soziale Realität lässt sich nicht wegempö-

ren und mit einem ‚Aber bitte nicht in diesem Ton‘ beschwichtigen“, schreibt die Soziologin und Islam-Kritikerin Necla Kelek, „der Lack der Schönrederei blättert schneller ab, als gestrichen werden kann.“

Niemand nimmt Anstoß daran, wenn der Fernseh-Komiker Oliver Pocher am Samstagabend zur besten Sendezeit scheinbar endlos lang Witze über türkische Asoziale reißen. Wer aber als Politiker eines der drängendsten Probleme des Landes in brutaler Offenheit anspricht, verletzt immer noch ein Tabu.

Doch eine Demokratie bleibt nur lebendig, wenn über die großen Fragen der Zeit manchmal auch schonungslos, kontrovers, zugespitzt gestritten werden kann. Warum also nicht über die Integrationspolitik? Warum nicht über die Frage, weshalb sich so viele ethnische Gruppen spätestens in der zweiten Generation in die deutsche Gesellschaft integriert haben und andere nicht? Warum schaffen Russen, Polen, Ukrainer, Koreaner oder Vietnamesen, was etwa einer großen Minderheit von Türken nicht richtig gelingt?

Deutschland hat kein generelles Problem mit Ausländern, es hat erkennbar Schwierigkeiten mit Teilen einer seiner größten Einwanderergruppen, den Türken, von denen sich ein Teil der Integration verweigert. Erstarrt in den Traditionen ihrer anatolischen Herkunft bestehen archaisch organisierte Familienverbände auf der Einhaltung von Sitten und Gebräuchen, die nicht nur in der ehrgeizig aufstrebenden Weltstadt Berlin anachronistisch sind.

Das Beharren auf der Muttersprache, auf machistischen Familienstrukturen, die Selbstgerechtigkeit, mit der Eltern das Leben ihrer Töchter beherrschen und oft zerstören, ja selbst die vergleichsweise harmlose religiöse Sitte, Haare in Kopftüchern einzupacken: All das ist eine Herausforderung für die freiheitliche Grundordnung der bundesdeutschen Gesellschaft. Deren Grundlage ist die offene Teilnahme an Kommunikation, die Teilhabe an Bildung, religiöse Toleranz auch in der Familie, nicht zuletzt das Recht der Jugend, ihre eigenen Wege zu gehen und sich frei den Partner fürs Leben zu suchen.

Angesichts der fremden Frommen in ihrer abgeschotteten Welt reagiert nicht nur Finanzfachmann Sarrazin hilflos. Auch Experten, die seit Jahren um die Integration der deutschen Araber und Türken ringen, sind uneins. Was soll man tun mit dieser sich ausweitenden Subkultur? Augen zu?

Kann Integration nur auf der Basis von Gegenseitigkeit gelingen, wie es der niederländische Soziologe Paul Scheffer glaubt (siehe Seite 37). Ist es legitim, Fremde zur Integration in die deutsche Gesellschaft zu zwingen? Oder ist das, wie manche Multi-Kulti-Politiker meinen, ein illiberaler Eingriff in die Freiheit anderer? Mangelnder Respekt vor der fremden Kultur?

„Inakzeptabel und empörend“

Für die Bundesbankspitze kommt der Krach ihrer Vorstände zum ungünstigsten Zeitpunkt.

Axel Weber war sichtlich genervt. Die „diskriminierenden Äußerungen“ seines Vorstandskollegen Thilo Sarrazin hatten den Chef der Bundesbank bis nach Istanbul verfolgt. Am Rande der Weltbanktagung ließ Weber keinen Zweifel daran, dass er Sarrazin eh nie im Vorstand seiner Bundesbank haben wollte. „Was sollten wir denn tun?“, klagte er gegenüber einem kleinen Grüppchen Zuhörer im Ballsaal des Hotels Four Seasons, „Berlin und Brandenburg hatten das Vorschlagsrecht.“

Klar: Der Vorstand hätte damals ein Veto gegen Sarrazin einlegen können. Doch das hat die Spitze der Notenbank in ihrer Geschichte siebenmal versucht – und am Ende stets erfolglos.

Sarrazin hatte indes schon für Ärger gesorgt, bevor er sein Büro in der ehrwürdigen Frankfurter Notenbank überhaupt bezog. Forsch reklamierte er das renommierte Ressort „Internationale Beziehungen“ für sich. Doch Weber, dem die Aufgabenverteilung in der Behörde obliegt, ließ den früheren Berliner Finanzsenator abblitzen.

Der jüngste Krach kam mit Ansage: Sarrazin hatte das umstrittene Interview mit dem kleinen Kulturblatt „Lettre International“ vor der Veröffentlichung der Pressestelle vorgelegt. Kommunikationschef Benedikt Fehr leitete das Manuskript an Weber weiter. Der wiederum ließ Sarrazin nach Lektüre über Fehr ausrichten, dass der Text „inakzeptabel und empörend“ sei. Sarrazin scherte sich nicht weiter darum und gab das Interview frei.

Nach einer scharfen öffentlichen Distanzierung legte Weber seinem Kollegen den Rücktritt nahe. Sarrazin will davon nichts wissen. Der Streit geht also weiter. Die Unabhängigkeit der Institution wie ihrer Top-Manager zeigt hier ihre ganze Absurdität. Mehrfach prüften Juristen der Bank vergangene Woche, ob Sarrazins Äußerungen eine Abberufung rechtfertigen. Dann nämlich könnten die übrigen Vorstände ein entsprechendes Gesuch an den Bundespräsidenten richten. Doch die Hürden dafür sind hoch.

Das Verhalten müsse dazu bei Beamten „die Entfernung aus dem Dienst im Disziplinarverfahren“ rechtfertigen,



Bundesbanker Sarrazin
Verstoß gegen den Kodex?

heißt es in der Bundesbank. Andererseits gibt es einen internen Verhaltenskodex, den sich die Bundesbank nach der Affäre um ihren Ex-Chef Ernst Welteke verpasst hat (SPIEGEL 15/2004). Gegen diesen Kodex hat Sarrazin nach Webers Meinung eindeutig verstoßen. Doch rechtliche Konsequenzen ergeben sich daraus nicht.

Die beiden in Abneigung verbundenen Spitzen sind also ohnmächtig in ihrer Macht. Weber kann Sarrazin nicht rausschmeißen, Sarrazin allerdings hat auch nichts zu sagen. Dem Vorstand droht eine Lähmung – zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt.

CDU und FDP haben gerade erst beschlossen, dass die Bundesbank schon bald die Oberhoheit über die Banken-

aufsicht erhalten soll. Bislang ist auch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) damit betraut.

Zwar hat sich der Vorstand bereits am vorvergangenen Freitag prinzipiell auf eine volle Integration wichtiger Teile der BaFin geeinigt – doch der Teufel steckt auch hier im Detail.

Im derzeitigen Entwurf des Koalitionsvertrags heißt es: „Die demokratische Kontrolle und Legitimation der Aufsicht ist zu gewährleisten.“ Demnach müsste die Bundesregierung die Möglichkeit erhalten, den für die Bankenaufsicht zuständigen Vorstand, beispielsweise wegen nachgewiesener Unfähigkeit, abberufen zu können. Das aber ist für viele Bundesbanker eine Entweihung ihrer sakrosankten Unabhängigkeit.

Und auch darüber, wie die BaFin integriert wird, gibt es Meinungsverschiedenheiten. Soll etwa die derzeitige Chefin der BaFin-Abteilung Bankenaufsicht, Sabine Lautenschläger, unter dem schon heute für den Bereich zuständigen Zentralbereichsleiter Erich Loeper arbeiten – oder gleichberechtigt neben ihm?

Schließlich sorgt eine Organisationsreform intern für Unmut: Die Bundesbank schickt sich gerade an, bundesweit 14 ihrer 47 Filialen zu schließen. Dabei will die Institutsspitze zwar ohne betriebsbedingte Kündigungen auskommen. Dennoch haben die Gewerkschaften Ver.di und die Bundesbankgewerkschaft für Dienstag dieser Woche zu Demonstrationen aufgerufen. Der Bundesbank stehen also turbulente Zeiten bevor: Sie wird prinzipiell mächtiger – doch der Preis dafür ist eine Einschränkung ihrer Unabhängigkeit.

Das interne Gerangel um Sarrazin schwächt dabei die Position der ganzen Bank. Denn ohne eine Gesetzesänderung wird der Vorstand den unliebsamen Kollegen nicht los – auch dann nicht, wenn das Gremium durch den Krach kaum noch arbeitsfähig ist. Das Modell der Unabhängigkeit und damit Unkündbarkeit jedes Vorstands zeigt sich hier selbst seine Grenzen auf.

Freiwillig jedenfalls will Sarrazin nicht gehen. Diesen Gefallen mag er seinem Präsidenten nicht tun.

WOLFGANG REUTER



YAVUZ ARSLAN / DAS FOTOGRAFIEBÜRO (L.), HERMANN BREDEHORN (R.)

Jugendgang in Berlin-Kreuzberg, junge Migrantinnen im Berliner Tiergarten: Geht Toleranz vor Integration?

Die Wut der Weltoffenen auf Friedrich Merz' altes Wort von der deutschen „Leitkultur“, der andere sich unterzuordnen hätten, bestimmt noch immer den Ton der Debatten. Und die umstrittene Rede des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan im Februar 2008 in der Köln-Arena hat die Fronten weiter verhärtet. Assimilation, so schleuderte Erdogan seinen Landsleuten in Deutschland entgegen, sei „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Dabei ist es unbestritten, dass gerade bei Türken und türkischstämmigen Deutschen die meisten Schwierigkeiten bestehen. Nur 14 Prozent der 20- bis 39-Jährigen haben, laut einer Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, die Hochschulreife – so wenig wie in keiner anderen Migrantengruppe.

Natürlich gibt es auch die Gegenbeispiele. Die vielen türkischen Unternehmer, den gefeierten Hamburger Regisseur Fatih Akin mit seinen Filmen aus der Zuwandererwelt oder Musiker wie Bushido, die mit ihrer Kultur längst im Mainstream angekommen sind. Es sind viele, denen Aufstieg und Integration gelungen sind. Politiker wie Cem Özdemir oder Fußballer wie Mesut Özil. Doch es gibt eben auch viele, bei denen das nicht der Fall ist.

Vor allem in der Hauptstadt türmen sich die Probleme. Etwa die Hälfte der erwerbsfähigen Berliner mit türkischem Migrationshintergrund lebt von Sozialtransfers. Von einer „düsteren Bilanz“ spricht auch das Berlin-Institut.

Dabei gibt es Einwanderergruppen, die zeigen, dass es auch anders geht. 48 Pro-

zent der 20- bis 39-jährigen Migranten aus Fernost etwa haben die Hochschulreife. Die Vietnamesen stellen in den Vierteln Lichtenberg und Marzahn bereits bis zu 17 Prozent der Schüler an Gymnasien, bei steigender Tendenz – obwohl ihr Bevölkerungsanteil dort nur zwei Prozent beträgt. Ein steiler Aufstieg für die einstigen „Vertragsarbeiter“ der DDR. „Vietnamesische Eltern“, sagt Christina Morgenstern, Lehrerin am Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium in Lichtenberg, „sind sehr bildungsbewusst und setzen ihre Kinder unter hohen Leistungsdruck.“

Wer dieses Integrationsgefälle verstehen will, muss Berlin-Neukölln besuchen, Deutschlands heißestes Immigrantendorf mit 117 000 Einwohnern aus aller Welt. Er muss mit Menschen reden wie Heinz Buschkowsky, dem SPD-Bezirksbürgermeister, der die Lage seines Viertels schonungslos analysiert.

Und er muss Geschichten ertragen wie diese: Erst vor kurzem hatte ein erfahrener Sozialarbeiter bei einer arabischen Familie in der Neuköllner Hermannstraße geklingelt, weil er mit dem Vater über das ständige Verprügeln der Tochter reden und den Mann über die Rechte des Mädchens aufklären wollte. Schnell kam es zum Streit, der Vater bedrohte den Sozialarbeiter, und weil dieser einen biblischen Namen hat, beschimpfte er ihn: „Du Judensau!“ Seinem Sohn befahl er: „Schnapp ihn dir!“

Der Mann vom Amt rannte um sein Leben, die Hermannstraße entlang, hinter ihm ein Verfolger mit dem Messer in der Hand. Erst als die Straße wieder belebter

war, fühlte er sich wieder in Sicherheit. Schockiert ließ er sich kurz darauf von seinen bisherigen Aufgaben entbinden.

„Ich kann nur sagen, hört auf, euch die Welt schönzureden“, mahnt Bürgermeister Buschkowsky. Seine Erfahrungen reichen von Schießereien auf offener Straße bis zum Drama um die Rütli-Schule, die 2006 bundesweit Schlagzeilen machte, weil die Lehrer frustriert den Senat zu Hilfe riefen. Sie hatten ihre gewalttätigen Hauptschüler nicht mehr unter Kontrolle.

39 Prozent der Einwohner von Neukölln sind aus 160 Nationen eingewandert oder bereits Nachgeborene, im Norden des Bezirks wachsen 80 Prozent der Jugendlichen in Migrantenfamilien auf. „Analphabetismus beider Elternteile ist leider keine Seltenheit, der Sprachstand der Kinder ist bei der Einschulung zum Teil erschreckend schwach“, sagt Buschkowsky, und danach werde es oft auch kaum besser. Sein Fazit ist trostlos: „Die Folge ist leider nicht selten eine gescheiterte Schullaufbahn, dann kein Ausbildungsplatz, Hartz IV, aber auch das Abgleiten in die Kriminalität.“

Kirsten Heisig, 48, hat eine fröhliche Stimme, sie lacht gern, aus ihrem Büro blickt sie auf einen schönen Park. Seit 17 Jahren arbeitet sie als Jugendrichterin, sie hat Respekt vor dem türkischen Mittelstand der Stadt, den sie für weitgehend gut integriert und für eine Bereicherung hält.

Ihr Verhandlungssaal im Berliner Amtsgericht Tiergarten aber ist der Ort, an dem die Träume einer gelungenen Integrationspolitik zerfallen, jedes Mal, wenn sie ein Urteil gegen Araber spricht. Dann zeigt

Türkischstämmige Berliner

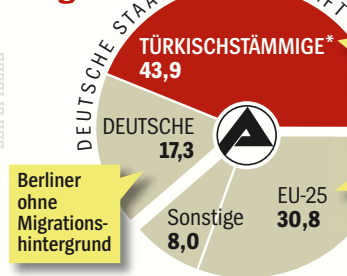
Berufsabschluss

TÜRKISCHSTÄMMIGE* DEUTSCHE EU-25

ohne Abschluss	75,3	15,3	30,0
Lehre, Fachschule und ähnliche	21,6	59,6	46,4
Hoch- oder Fachhochschule	3,1	25,1	23,6



Arbeitslosigkeit



Haupteinkommensquellen

TÜRKISCHSTÄMMIGE* DEUTSCHE EU-25

Erwerbstätigkeit	46,6	55,1	61,9
Arbeitslosengeld I oder II	33,9	11,6	22,3
Rente, Pensionen	11,9	27,6	5,8
Unterhalt durch Angehörige	0,8	1,9	3,6
Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter oder Ähnliches	5,1	1,0	2,2
Sonstiges (Bafög, Stipendium, Pflegeversicherung, Vorruhestandsgeld)	1,7	2,2	2,9

Quelle: DIW Berlin 2008; Zahlen in Prozent; nur Berlin



sie die Härte des deutschen Gesetzes, gerade weil es auf den Straßen ihres Bezirks wenig gilt. Oft genug wird es sogar mitten im Prozess vor ihren Augen zerzaust.

„Es gibt große Clans, die nicht das geringste Interesse daran haben, wie unser Rechtsstaat funktioniert. Das dürfen wir nicht hinnehmen“, sagt Heisig. Zu Beginn der Verhandlung stellt dann der Geschädigte fest, man wolle den Ärger untereinander regeln. „Gefährliche Körperverletzung etwa ist von Amts wegen zu verfolgen“, so Heisig, „interne Einigungen – meist durch eine Geldzahlung – sind in der Strafprozessordnung nicht vorgesehen.“

Über 400 Straftäter urteilt die Richterin pro Jahr, 80 Prozent davon Migranten; Überfälle, Schlägereien, Vergewaltigungen, es ist alles dabei. Und wenn man ein Ge-

gehöre ebenso die Frage sexueller Vorlieben, die Vereinsmitgliedschaft und die – auch unter Türken vorhandene – Vorliebe für Schweinefleisch.

Für deutsche Integrationspolitiker folgt daraus, dass Eingriffe in die abgeschottete Welt der Fremden nicht als Freiheitseingriff gesehen werden müssen. Der Versuch zu integrieren ist überall dort legitim, wo es darum geht, die selbstgewählte oder aufgezwungene Identitätsisolation von Migrantengruppen zu durchbrechen. Zwang muss sein, soweit er mit dem vom Grundgesetz geprägten Freiheitsverständnis der deutschen Gesellschaft vereinbar ist.

So hat die Große Koalition ein Gesetz verabschiedet, das sich vor allem gegen Zwangssehen unter jungen Türken richtet. Wer seitdem einen in Deutschland leben-

das Wachstum der Persönlichkeit, es ist im Fall der Türken in Deutschland das entscheidende Integrationshindernis.

Doch zwingt nicht gerade die im Grundgesetz uneingeschränkt garantierte Religionsfreiheit, zumindest die muslimischen Gebote der Türken-Gemeinden selbst dort zu respektieren, wo sie integrationsfeindlich sind? Geht Toleranz vor Integration?

Die Grenzen der Toleranz liegen nach Ansicht von Ernst-Wolfgang Böckenförde, dem angesehenen christlichen Interpreten des Grundgesetzes und ehemaligen Verfassungsrichter, um den „kulturellen Sockel“, auf dem der Staat des Grundgesetzes „aufruht“.

Wie viel Freiheit kann der Staat Menschen einräumen, die in Verdacht stehen,



Politiker Özdemir



Musiker Bushido



Moderatorin Hayali



Fußballer Özil



Regisseur Akin



Schauspieler Kurtulus

Prominente aus Migrantenfamilien: Mit ihrer Kultur längst im Mainstream angelangt

samtbild daraus entwirft, dann klingt es bei Heisig so: „Der Männlichkeitswahn ist bei manchen Türken und Arabern besonders ausgeprägt, Ehre und Respekt sind so irrational entwickelt, dass es schnell zu Gewalt kommt. Prügel ist in der Erziehung leider eine gängige Praxis.“ Wenn Väter den Respekt nicht genießen, weil sie arbeitslos sind, stellen sie ihn durch Schläge her. Gewalt wird zur Normalität, geschlossene Gesellschaften mit eigenen Regeln entstehen. Allerdings: „Wenn sich das urdeutsche Prekariat im Plattenbau mittels Wodkaflasche den Kopf einschlägt, ist das auch nicht schön“, sagt Richterin Heisig.

Der Nobelpreisträger und Harvard-Professor Amartya Sen hat jüngst ein Buch über die „Identitätsfalle“ veröffentlicht, in der nicht nur die missliebigen Türken und Araber, sondern auch viele gutmeinende Integrationspolitiker gefangen sind. Sie alle, so lässt sich das Buch zusammenfassen, sollten sich nicht so ernst nehmen.

Weder Religion noch ethnische Herkunft könnten einen Exklusivitätsanspruch erheben, wenn es darum gehe, einen Menschen angemessen in die Gesellschaft zu integrieren. Denn jeder Mensch, so Sen, bestehe aus einem Bündel von wechselnden Identitäten, die Frage der Herkunft und des Glaubens sei nur ein Punkt von vielen. Zum Identitäts-Cluster

den Ausländer heiraten will, um mit ihm hier zu leben, muss mindestens 18 sein und ein wenig Deutsch können. Doch schon der vorsichtige Versuch, türkischen Jugendlichen aus ihrem Eltern-Gefängnis zu helfen, hat bei Verbandsvertretern hysterische Reaktionen („Rassismus“) ausgelöst.

Warum sollte, fragt der indische Wirtschaftsphilosoph Sen, „das Verhältnis eines Menschen zu seinem Land durch die Kultur der Familie vermittelt sein, in die er hineingeboren wurde?“ Die Identität der jungen Türken hat täglich wachsende deutsche Anteile. Einen Menschen an seinen Wurzeln festzuhalten behindert nicht nur

mit ihren Maximen die einheimischen kulturellen Grundlagen zu ruinieren? Die von der Gleichberechtigung der Frau ebenso wenig halten wie etwa davon, ihre Kinder zur Schule zu schicken?

Antwort des Christen Böckenförde: keine. Denn es würde die Existenzgrundlage unseres Staates in Frage stellen.

Doch diese scheinbar radikale Antwort verschiebt zugleich die Grenze des Zumutbaren zugunsten der Zuwanderer: Wie viel Assimilation ist von ihnen zu verlangen, damit die Gesellschaft noch funktioniert? Nur das unbedingt Notwendige.

Natürlich, so die Antwort Böckenfördes, müssen türkische Mädchen auch am

Sportunterricht teilnehmen, am Deutschunterricht sowieso. Aber ist es wirklich nötig, darauf zu bestehen, dass sie dazu ihr Kopftuch ablegen? Und gibt es nicht auch Schwimmkleidung, die Allah gefällt?

So wäre es eine Verletzung der Religionsfreiheit und der verfassungsrechtlich gebotenen Toleranz, von den Zuwanderern zu verlangen, so zu werden, so zu glauben und so auszusehen wie die Deutschen.

Es wäre die erneute Gefangenahme in einer Identität.

STEFAN BERG,

THOMAS DARNSTÄDT, KATRIN ELGER,
KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN, FRANK
HORNIG, PETER WENSIERSKI

